

Aktuelle Lage und Herausforderungen in den Regionalstädten Japans

HAGA Tomonobu
Nagaoka International Affairs Center

Nagaoka, die Stadt, in der ich lebe, hat circa 280.000 Einwohner und liegt 270 Kilometer nördlich von Tōkyō. Nagaoka ist eine Regionalstadt, die sich vom Meer bis in die Berge erstreckt. In dieser Region, allgemein unter der Bezeichnung Yukiguni (Schneeland) bekannt, sind zwar in Folge der Klimaerwärmung seit einigen Jahren geringere Schneefallmengen zu verzeichnen, dennoch türmt sich im Winter im Stadtzentrum der Schnee eineinhalb Meter hoch und in den umliegenden Bergen bis zu vier Meter.

In Nagaoka leben laut Melderegister 2.600 ausländische Staatsangehörige, Menschen aus zweiundfünfzig verschiedenen Nationen. Diese Zahlen spiegeln allerdings die tatsächliche Situation nicht vollständig wider. Ausländer, die sich länger als drei Monate in Japan aufhalten, müssen sich zwar beim Ausländeramt der kommunalen Behörden anmelden, in Wirklichkeit aber wohnen in Nagaoka Personen mit fremder Staatsangehörigkeit, die in anderen Kommunen gemeldet sind, während andere zwar in Nagaoka gemeldet sind, aber nicht in der Stadt leben. Alles in allem muss mit einer etwa fünfzehnprozentigen Abweichung von der Zahl registrierter Ausländer gerechnet werden. Des Weiteren leben in Nagaoka viele verheiratete Ausländerinnen, die Bürgerrechte haben, deren tatsächliche Zahl jedoch nirgendwo erfasst ist.

Diese Ausländerinnen, die mit einem Japaner verheiratet sind, bilden erste Gruppe von Ausländern in Nagaoka. Einigen Angaben zufolge kommt in Japan auf zwanzig geschlossene Ehen eine binationale Ehe, während in Nagaoka das Verhältnis siebzehn zu eins ist. In einer Großstadt wie Tōkyō kommt auf zehn geschlossene Ehen eine binationale Ehe. In Nagaoka – einer Kommune, deren Erscheinungsbild von Bergen und Bauerndörfern geprägt ist – herrscht ein ausgeprägter Mangel an heiratswilligen Frauen. Vierhundertsechundsechzig Frauen ausländischer Herkunft sind hier mit japanischen Männern

verheiratet, die Mehrzahl kommt aus drei Ländern: Brasilien (223), China (96) und den Philippinen (70).

Die Mitglieder der zweiten Gruppe, Menschen mit bestimmten beruflichen Zielen, halten sich in Japan entweder im Rahmen des Working-Holiday-Programms auf oder arbeiten als Praktikanten in Firmen. Dieser Personenkreis umfasst dreihundertsechzig Menschen, die überwiegend aus China (330) und von den Philippinen (17) kommen.

Die dritte Gruppe bilden die Studenten (354), die aus achtundzwanzig verschiedenen Ländern stammen und an drei Universitäten und höheren Fachschulen studieren; sie kommen in erster Linie aus China (130), Malaysia (57), Thailand (40), Vietnam (30) und der Mongolei (20).

Bei der vierten Gruppe handelt es sich um Personen mit festem Wohnsitz in der Stadt – Flüchtlinge aus Indochina, Enkel von ausgewanderten Japanern, Kinder von mit Japanern verheirateten Frauen, die einer früheren Ehe entstammen. Zu dieser Gruppe zählen Brasilianerinnen (223), Chinesinnen (96), Indonesierinnen (23) und Philippininnen (22). Große Probleme gibt es insbesondere mit den aus früheren Ehen stammenden Kindern brasilianischer Frauen japanischer Abstammung und chinesischer Frauen. Ein erheblicher Teil dieser Kinder, die wegen ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit nicht der Schulpflicht unterliegen, entzieht sich nämlich dem Schulbesuch. Ein denkbarer Grund dafür könnten unzureichende pädagogische oder psychologische Hilfestellungen sein, mit der Folge, dass diese Kinder sich in Schulen nicht eingewöhnen können und zu Aussteigern werden. Eine weiterer Grund für gescheiterte Schullaufbahnen dürfte in einem gesellschaftlichen Problem Japans zu finden sein, dem Phänomen der *working poor*. Eine der Ursachen dieses Problems liegt in einer bestimmten Art von Beschäftigungsverhältnis, der Leiharbeit, die unter außerordentlich unsicheren Bedingungen stattfindet. Hinzu kommt, dass die betroffenen Ausländer ungelernete Arbeiten ausüben, wie sie im Rahmen von Nachtschichten stattfinden, denen Japaner eher aus dem Weg gehen, und dabei lange Arbeitszeiten in Kauf nehmen müssen, oder dass ihnen gleichzeitig Unterkunft und Arbeit zugewiesen wird, wobei ihre Menschenrechte mit Füßen getreten werden und plötzliche Entlassungen durchaus möglich sind. Hinzu kommt, dass diesem Personenkreis eine der Anstrengung entsprechende Bezahlung verweigert wird, denn trotz ihrer Arbeitstätigkeit können diese Menschen nicht mit Lohnerhöhungen rechnen,

und häufig werden ihnen sogar die Löhne von den Leiharbeitsfirmen gekürzt, die selbst um ihr Überleben kämpfen. Aus all diesen Gründen bleibt kaum Zeit für die Erziehung der Kinder, weshalb diese trotz anfänglichen Schulbesuchs irgendwann den Anschluss verlieren und nicht mehr wissen, wohin sie sich wenden sollen. Weil sie oft nicht Japanisch können und auch ihre Muttersprache nur unzureichend beherrschen, sind diese Kinder oft außerstande, eine stabile Identität zu entwickeln, gleichzeitig sind sie wegen mangelnder Leistungen von qualifizierteren Tätigkeiten ausgeschlossen, weshalb sie nicht selten zu kriminellen Machenschaften tendieren.

Die fünfte Gruppe besteht aus Personen mit permanentem Wohnsitz in Japan, die im Besitz einer unbegrenzten Aufenthaltserlaubnis sind. Diese Gruppe umfasst 287 Personen – darunter achtzig Chinesen, dreiundsiebzig Philippinos und neunundvierzig Brasilianer –, die seit langem im Land leben und einen festen Arbeitsplatz haben. Diese in Japan eingelebten Menschen verstehen sowohl die Sprache als auch die Kultur und sind als Bürger integriert.

Die Mitglieder der sechsten Gruppe, Besitzer einer unbegrenzten Aufenthaltserlaubnis mit Sonderstatus (*tokubetsu eijūsha*), stammen ursprünglich von der koreanischen Halbinsel. Es sind Personen, die meist japanische Namen tragen und aus Familien stammen, die seit drei, vier Generationen in Japan leben. Angehörigen dieser Gruppe, die bei Einstellungen häufig Beschränkungen und Diskriminierungen ausgesetzt sind, ist es oft unmöglich in Beschäftigungsverhältnisse zu gelangen, die ihren Fähigkeiten entspricht.

Die juristischen und administrativen Aspekte bei der Aufnahme von Einwanderern wurden bislang von der Politik nicht genügend berücksichtigt, ein Versäumnis, das sich in den Regionen besonders bemerkbar macht. Wird bei der Umsetzung staatlicher Politik nicht gleichzeitig Aufklärungsarbeit in Sachen Kultur geleistet, entsteht eine Mauer der Diskriminierung. In Japan sollen sich weniger als fünf Prozent der Bevölkerung für internationale Themen interessieren – in ländlichen Gebieten vermutlich sogar weniger als ein Prozent. Seit dem Beginn der negativen wirtschaftlichen Entwicklung vor einigen Jahren sind in ländlichen Gebieten internationale Themen immer weiter aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Im Zusammenhang mit allgemeinen Budgetkürzungen wurden auch in der Kommunalverwaltung die Budgets von Abteilungen gekürzt, die sich um internationale Angelegenheiten kümmern. Andererseits kann sich Japan keinen Aufschub mehr leisten, denn zur Überwindung der

Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist – zu nennen sind die zunehmende Überalterung der Gesellschaft bei abnehmender Kinderzahl, zu wenig heiratswillige Frauen, die Notwendigkeit des Einsatzes ungelernter Arbeiter –, ist eine aktive Einwanderungspolitik ebenso vonnöten wie es im Zuge der notwendigen innerjapanischen Internationalisierung notwendig ist, in den Regionen das Verständnis für ein multikulturelles Zusammenleben zu wecken und zu fördern. Die Kultur Japans – nach wie vor geprägt von der Lebensweise dörflicher Gemeinschaften (*murashakai*) – ist exklusiv, wobei das Fundament dieser Kultur von einer Gesellschaftsstruktur gebildet wird, in der – ausgehend von dem Bewusstsein, dass „alle gleich sind“ – alles Heterogene, vom Üblichen Abweichende abgelehnt wird und jeder, der sich nicht dementsprechend verhält, gewissermaßen mit einem Punkteabzug rechnen muss. Wie es scheint liegt der Ursprung jener Schulprobleme – das Quälen von Kameraden, Selbstmorde von Schülern –, die jetzt ein gesamtgesellschaftliches Problem geworden sind, in eben dieser Struktur. Die Präfektur Niigata, in der auch Nagaoka liegt, hat ca. 2,5 Millionen Einwohner, aber nur die wenigstens Kommunen verfügen über Vereinigungen für internationale Angelegenheiten; zudem besteht deren Mehrzahl nur dem Namen nach, es sind Einrichtungen ohne wirkliche Substanz, die nebenbei von Verwaltungsbeamten geleitet werden.

Japan ist das Land, das weltweit am häufigsten von Naturkatastrophen heimgesucht wird, und auch Nagaoka wurde 2004 von einem Erdbeben verheert. Es war in erster Linie das von mir geleitete International Affairs Center, das in dieser Situation ausländischen Mitbürgern Hilfe leistete, doch erwies sich dieses Unterfangen als äußerst mühsam, da in der Gegend nur wenige Menschen leben, die als Dolmetscher oder Übersetzer eingesetzt werden können. In Städten und Dörfern mit kleinem Umfeld wurden von den Katastropheneinsatzstellen, die für die allgemeine Bevölkerung zuständig sind, auch Personen mobilisiert, die eigentlich für internationale Angelegenheiten zuständig sind, während man die meisten ausländischen Staatsangehörigen sich selbst überließ. In ländlichen Regionen ist die gesellschaftliche Position von Bürgern ausländischer Herkunft nach wie vor nicht eindeutig geklärt, weshalb die überwiegende Zahl von Behörden nicht darauf vorbereitet ist, für diesen Personenkreis im Notfall geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Für die Verantwortlichen in den kommunalen Verwaltungen ist es ungeheuer schwierig, für Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit einen Platz im gesell-

schaftlichen Gefüge zu finden und Verhältnisse zu schaffen, die es für Ausländer erstrebenswert machen, in Japan dauerhaft zu leben und hier als anerkannte Partner ihre Fähigkeiten optimal zum Einsatz zu bringen. Wenn es nicht gelingt, entsprechende Verhältnisse zu schaffen, wird trotz der Einwanderungspolitik die Zahl der Menschen, die Japan als attraktive Wahlmöglichkeit betrachten, abnehmen. Um die politischen Maßnahmen seitens des Staates voranzutreiben, sind kulturellen Maßnahmen – nämlich der Aufklärung der Bevölkerung – von großer Bedeutung. Hierfür muss der Gedanke eines multikulturellen Zusammenlebens auch in den Regionen Verbreitung finden und fester Bestandteil der Kommunalpolitik werden. Es wird großer Anstrengungen bedürfen und alles andere als einfach sein, dieses Vorhaben in politischer und kultureller Hinsicht umzusetzen, aber Japan ist mit der Frage konfrontiert, ob es dem Land gelingt, dieses dringende Problem zu bewältigen.

Aus dem Japanischen übersetzt von Otto Putz.